

Empfehlungen statt Massnahmen

Die Regierung hat keine neuen Massnahmen beschlossen – empfiehlt aber, auch in Innenräumen Masken zu tragen.

Desirée Vogt

Trotz der hohen Fallzahlen in Liechtenstein – und sie sind in Relation gesehen höher als in der Schweiz – möchte die Regierung die Massnahmen nicht verschärfen. Vorerst. Dies hat aber sicher auch damit zu tun, dass aufgrund der vielen Geimpften eben nicht mehr nur auf die Inzidenz, sondern auch auf die Zahl der Hospitalisierungen geblickt wird. Und auf den Intensivstationen der Schweiz sei die Lage im Moment nicht kritisch. Stattdessen setzt die Regierung weiterhin auf Eigenverantwortung und gab gestern auch Empfehlungen ab: Masken in Innenräumen bei mehr als einer Person und unabhängig von der Anwendung des 3G-Konzepts. Und wo immer möglich, soll im Homeoffice gearbeitet werden.

«Besorgniserregend in diesem Ausmass»

Gesellschaftsminister Manuel Frick machte klar: «Wir befinden uns nach wie vor in einer schwierigen Lage. Und an einem kritischen Punkt.» Auch wenn man eine neue Welle vorausgesehen und gewusst habe, dass jeder und jede früher oder später mit dem Virus in Kontakt kommen werde, so habe man dennoch die Wahl, dass dies kontrolliert durch die Impfung oder unkontrolliert mit der Erkrankung geschehe. Und auch wenn die Impfdurchbrüche ebenfalls zugenommen hätten, so sei dies zu relativieren und bedeute nicht, dass die Impfung versagt habe. «Sie funktioniert gut und schützt vor schweren Erkrankungen.»

Das alles ändert aber nichts daran, dass die täglichen Fall-



Gesellschaftsminister Manuel Frick (l.) und Regierungschef Daniel Risch informierten über die aktuelle Entwicklung.



Bild: ikr

zahlen am Donnerstag ein neues Allzeithoch erreicht haben. «Das ist besorgniserregend in diesem Ausmass», gab Manuel Frick zu. Aktuell befinden sich demnach 267 Personen in Isolation, 331 Personen in Quarantäne und drei Personen sind hospitalisiert. Damit liegt die die 7-Tages-Inzidenz derzeit bei 689.

Intensivstationen Schweiz: «Derzeit nicht dramatisch»

Auch die Hospitalisierungen nehmen laut dem Gesellschaftsminister zu, allerdings nicht im gleichen Ausmass wie die Fallzahlen. Die Auslastung

der Intensivstationen sei derzeit nicht dramatisch – aber auch das sei mit Vorsicht und Blick auf die Zeitverzögerung zu geniessen. «Im Moment ist die Situation aber nicht kritisch.» Zurückzuführen ist dieser Umstand sicher auch darauf: Es gibt aktuell über 24 000 vollständig geimpfte Personen. Das sind 63 Prozent der Bevölkerung bzw. 71 Prozent der Bevölkerung über 12 Jahren. Doch man weiss inzwischen, dass die Schutzwirkung der Impfung schneller nachlässt als gedacht. Aus diesem Grund ist es für die Regierung wichtig, so schnell wie

möglich Booster-Impfungen anzubieten. In erster Linie für die Bewohner von Alters- und Pflegeheimen. Anschliessend für die Einwohner, die älter als 80 Jahre sind sowie besonders

«Versprechen, dass es bei uns nie eine Impfpflicht geben wird? Nein, das kann ich nicht.»

Daniel Risch
Regierungschef

gefährdete Personen. Diese Impfungen sollen in den jeweiligen Gemeinden stattfinden. Aber auch Gesundheitsfachpersonen und das Pflegepersonal sollen zeitnah die Gelegenheit erhalten, sich einer Booster-Impfung zu unterziehen. Noch im Dezember sollen die Booster-Impfungen dann für alle Einwohner von 65 bis 79 Jahren angeboten werden, bevor das Angebot anschliessend wieder für alle Einwohner geöffnet wird. Da das Impfzentrum in der Spoerry-Halle in Vaduz geschlossen ist, werden diese im neuen Impfzentrum im Mühelholzmarkt durchgeführt.

Wirtschaft stimmt Regierung zu

Die Wirtschaftskammer teilte gestern mit, dass sie den Entscheid der Regierung begrüsse, «auf die Eigenverantwortung der Bevölkerung zu setzen.» Die empfohlenen Massnahmen seien geeignete Mittel zur Pandemiebekämpfung und würden einen erneuten Lockdown verhindern. Die Kammer nennt unter anderem das freiwillige Tragen von Masken oder die Covid-19-Impfung. «Für viele Geschäfte und Restaurants wäre ein weiterer Lockdown verheerend. Die Wirtschaft würde stark leiden», heisst es von der Wirtschaftskammer. Sie sieht keinen Grund für verschärfte Coronamassnahmen, solange keine Überlastung des Gesundheitssystems drohe. «Die Intensivbetten-Kapazität in der Schweiz ist weit von ihrer Auslastungsgrenze entfernt.» (pd/red)

Landesspital führt 3G-Pflicht ein

«Im Hinblick auf die hoch ansteckende Delta-Mutation sowie die kältere Jahreszeit wurde dieser Schritt leider zwingend erforderlich», heisst es vom Landesspital. Bei allen geplant eintretenden Personen erfolgt eine Überprüfung des Zertifikates. Es gibt keine Möglichkeit, sich vorgängig im Landesspital testen zu lassen. Es wird die Benutzung der Testmöglichkeiten im Land empfohlen. Ausgenommen sind Notfallpatienten ohne Zertifikat sowie symptomatische Patienten. Diese werden vom Mitarbeiterstab des Landesspitals getestet. Besuche sind weiterhin möglich. Auch Besucher ab 16 Jahren müssen beim Zutritt ein gültiges Covid-Zertifikat sowie ihren Ausweis (Pass/ID) vorweisen. Es gilt weiterhin die lückenlose Maskentragepflicht. (pd/red)

Verschärfungen an den Schulen?

In den liechtensteinischen Schulen gab es bisher insgesamt 58 positive Resultate – alleine in dieser Woche waren es gemäss Gesellschaftsminister Manuel Frick 30 positive Resultate. 80 Schüler und 11 Lehrpersonen waren erkrankt. Ungefähr ebenso viele Schüler und Lehrpersonen waren in Quarantäne. Für Frick ist es wenig überraschend, dass das Virus sich in der nicht geimpften Bevölkerungsgruppe verbreitet. Dennoch ist klar, dass die Situation an den Schulen noch einmal genauer unter die Lupe genommen werden muss. «Es sind natürlich bereits Massnahmen in Kraft, diese werden hier oder dort aber sicher noch einmal nachgeschärft», so Manuel Frick. Ob und wo Optimierungen vonnöten seien, werde derzeit gemeinsam mit Bildungsministerin Dominique Hasler unter den Schulleitern besprochen. Eine flächendeckende Lösung gebe es aber nicht. Man müsse immer pro Klasse beurteilen, wie mit der Situation umgegangen werden könne. (dv)

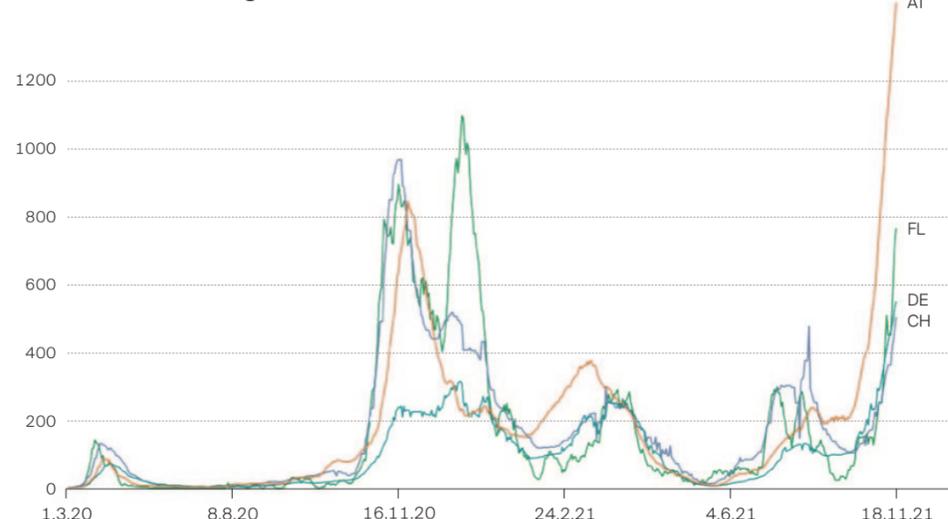
«Wir schliessen zu Österreich auf»

Liechtensteins Fallzahlen sind bisher in dieser Welle höher als jene in der Schweiz.

689: Das ist die 7-Tages-Inzidenz in Liechtenstein. Sprich die Fälle der letzten sieben Tage auf 100 000 Einwohner hochgerechnet. Blickt man nach Österreich, mag sich diese Zahl relativieren, denn dort liegt die 7-Tages-Inzidenz bei über 1000. Blickt man allerdings in die Schweiz, muss man feststellen, dass das Land in dieser Welle nicht im Gleichschritt mit dem Nachbarn geht. Dort beträgt die 7-Tages-Inzidenz nämlich «nur» 343,5.

«Der Vergleich zu den Nachbarstaaten zeigt, dass Liechtenstein lange Zeit eine ähnliche Entwicklung hatte wie die Schweiz und Deutschland», hielt denn auch Gesellschaftsminister Manuel Frick fest. In den letzten Tagen habe Liechtenstein allerdings zu Österreich aufgeschlossen, wie die nebenstehende Grafik zeigt. Nun könnte man eine Erklärung dafür suchen und meinen, den Grund bei den Grenzgängern zu finden.

Die Fallzahlen – Vergleich mit den Nachbarn



Quelle: John Hopkins University CSSE COVID-19 Data, Grafik: Stefan Aebi

Doch hätten sich dann die Zahlen nicht auch bei den anderen Wellen analog zu Österreich entwickeln müssen? Die

Grafik zeigt, dass dies nicht der Fall ist und beweist einmal mehr: Das Virus macht, was es will. Und überrascht im-

mer wieder mit neuen Fakten.

Desirée Vogt

Testpflicht in Ruggeller Schule

Die Coronasituation an der Ruggeller Gemeindeschule droht aus dem Ruder zu laufen. Alle Schüler und alle Lehrpersonen müssen darum heute einen Ausbruchs-PCR-Test in der Marktplatzgarage in Vaduz durchführen lassen. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das dem «Vaterland» vorliegt. Für Personen, die den Test verweigern, wird eine fünftägige Quarantäne angeordnet. Sie dauert von Montag, 22. November, bis Freitag, 26. November. Ziel des Vorgehens ist es, die Infektionsketten zu unterbrechen und eine mögliche Schulschliessung zu vermeiden. Das Amt für Gesundheit stützt sich bei der Anordnung auf das Epidemien-gesetz, Art. 36. Per 18. Im November war in fast allen Klassen der Schule mindestens ein positiv getestetes Kind verzeichnet worden. Die Testpflicht am Samstag gilt neben Schülern und Lehrpersonen auch für Personen, die sich beruflich in der Schule aufhalten. (pd/red)